Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(52. - öffentliche - Sitzung am 30. April 2025)

Tagesordnung:

1. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:**
   Kommunalverfassungsbeschwerde

   nach Art. 54 Nr. 5 NV, §§ 8 Nr. 10, 36 NStGHG gegen §§ 1 und 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen (Niedersächsisches Finanzverteilungsgesetz - NFVG -) in der Fassung vom 13. September 2007 (Nds. GVBl. S. 461) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 320), jeweils i.V.m. § 7 i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 2 und 3 i. V. m. § 1 Nr. 1 sowie § 12 i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich (NFAG) in der Fassung vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. S. 300) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 300)

   - StGH 3/24 -

   Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

   Zustimmung: *SPD, CDU, GRÜNE*
   Ablehnung: *-*
   Enthaltung: *-*
   Abwesend: *AfD*

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes**
   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7101

   Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen.

3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu einer rechtswidrigen dienstlichen Beurteilung eines Spitzenbeamten durch die Hausspitze des Niedersächsischen Kultusministeriums in einer gemeinsamen Sitzung des Kultusausschusses und des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen**

   Der Ausschuss nimmt den Antrag an. Er bittet die Landtagsverwaltung, in Absprache mit den Sprechern der Fraktionen einen Termin für die gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse festzulegen.

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Niedersächsische Landesbeauftragte oder den Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/5318

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Niedersächsische Landesbeauftragte oder den Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 19/2451

Der Landesbeauftragte für Opferschutz und eine Vertreterin des Justizministeriums nehmen zu den Gesetzentwürfen Stellung. Der - federführende - Ausschuss setzt die Beratungen über die Gesetzentwürfe fort.

5. **Personalgewinnung für den Justizvollzug optimieren - zentrale Beratungsstelle zur Nachwuchsgewinnung einrichten!**
Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/6805

Zur vorbereitenden Beratung überweist der - federführende - Ausschuss den Antrag dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“.

6. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss bespricht Einzelheiten zu seiner Informationsreise nach Prag und Wien im Mai 2025 sowie weitere Terminangelegenheiten.